

Übertrittsverfahren Primarstufe - Sekundarstufe I Informationen für Erziehungsberechtigte



Zuweisungsverfahren in die Werk-, Real-, Sekundarschule und das Langzeitgymnasium

Impressum

Herausgeber

Direktion für Bildung und Kultur
Amt für gemeindliche Schulen
Artherstrasse 25, 6300 Zug
T 041 728 31 50, F 041 728 31 59

Zuständige Kommission

Übertrittskommission I
Markus Kunz, Präsident
markus.kunz@zg.ch
www.zg.ch/schulaufsicht

Informationen zum Übertrittsverfahren

Diese [Informationsschrift](#) sowie weitere Informationen zum Übertrittsverfahren sind online unter www.zg.ch/schulaufsicht (Kapitel «Übertritte») abrufbar.

Informationen zum Bildungssystem

Unter www.zg.ch/schulsystem (deutsch) und www.zg.ch/schools (englisch) wird das zugerische Schulsystem übersichtlich und verständlich dargestellt (inkl. Grafik «[Bildungssystematik](#)»).

Video «Wege zu Bildung und Beruf»

Viele Wege führen zu Bildung und Beruf. Im feingliedrigen und vielschichtigen [Zuger Bildungssystem](#) finden alle ihren persönlichen Lern- und Berufsweg. Jeder Abschluss führt wiederum zu einem Anschluss. Das [Video](#) steht unter www.zg.ch/schulaufsicht (Kapitel «Zuger Bildungssystem») zur Verfügung.

Fragen zum Übertrittsverfahren

Bei Fragen zum Verfahren wenden sich Erziehungsberechtigte bitte zuerst an die Klassenlehrperson.

Links in PDF-Version

[Blaue](#) Schreibweise = Internet-Link

Zug, Februar 2018

DBK AGS 4.5.3 / 1 / 20320

Inhalt

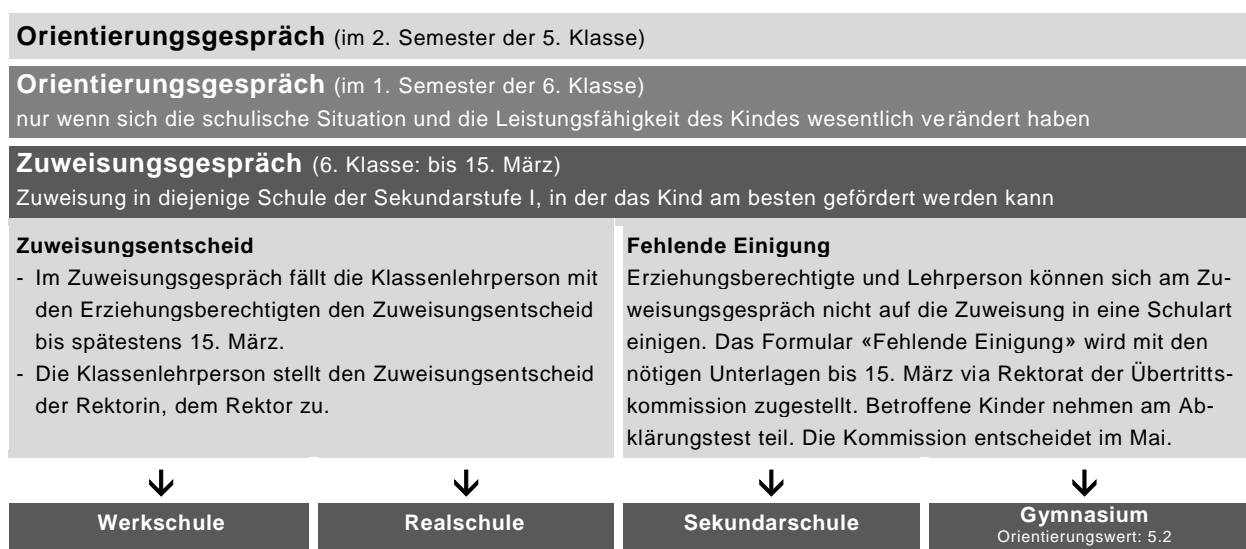
1.	Vorwort	4
2.	Das Wichtigste in Kürze	4
3.	Ziel des Übertrittsverfahrens	4
4.	Informationsveranstaltung zum Übertrittsverfahren	4
5.	Schularten der Sekundarstufe I	5
6.	Zuweisungskriterien	5
7.	Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen	6
8.	Orientierungs- und Zuweisungsgespräch mit den Erziehungsberechtigten	7
9.	Zuweisungsentscheid	7
10.	Fehlende Einigung	7
11.	Spezialfälle	8
12.	Übertrittsverfahren II Sekundarschule - kantonale Mittelschulen	8

1. Vorwort

Der Kanton Zug kennt seit 1993 ein prüfungsfreies Übertrittsverfahren von der Primarstufe in die Sekundarstufe I. In all den Jahren hat dieses Verfahren positives Echo ausgelöst. Die Zusammenarbeit von Erziehungsberechtigten, Kindern und Lehrpersonen ermöglicht es, gemeinsam die passende Schullaufbahn für die Kinder zu wählen. Das vorliegende Informationsblatt unterstützt die Erziehungsberechtigten bei der Begleitung ihrer Kinder im Zuweisungsprozess.

2. Das Wichtigste in Kürze

Nachfolgend werden die wichtigsten Elemente des Übertrittsverfahrens grafisch zusammengefasst:



3. Ziel des Übertrittsverfahrens

In der 5. Klasse beginnt das prüfungsfreie Übertrittsverfahren. Ziel dieses Verfahrens ist es, die Schülerinnen und Schüler am Ende der Primarstufe entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrer mutmasslichen Entwicklung derjenigen Schulart der Sekundarstufe I zuzuweisen, in der sie am besten, d. h. ihren Begabungen und Neigungen entsprechend, gefördert werden können. Dazu ist eine differenzierte Beurteilung der Leistung, der Begabung und des Entwicklungsverlaufs nötig. Die Klassenlehrperson, die Erziehungsberechtigten sowie die Schülerinnen und Schüler gestalten das Verfahren gemeinsam. Der Transparenz und dem Dialog wird dabei grosses Gewicht beigemessen, damit die Beteiligten den definitiven Zuweisungsentscheid gemeinsam treffen und tragen können.

4. Informationsveranstaltung zum Übertrittsverfahren

Bis zu den Herbstferien in der 5. Klasse informiert die Lehrperson ihre Klasse und die Erziehungsberechtigten an einer Zusammenkunft über das Übertrittsverfahren sowie über die [Schularten der Sekundarstufe I](#). Diese Informationsveranstaltung kann klassenweise oder im Verbund mit anderen Klassen durchgeführt werden. Die Erziehungsberechtigten erhalten die [Informationsschrift «Übertrittsverfahren Primarstufe - Sekundarstufe I»](#).

5. Schularten der Sekundarstufe I

Die [Sekundarstufe I](#) im Kanton Zug gliedert sich in vier Schularten. Diese vermitteln eine Grundausbildung, wobei der Lehrstoff der Primarschule vertieft und erweitert wird. Sie haben eigene Ziele und stellen unterschiedliche Anforderungen an Schülerinnen und Schüler.

Werksschule	Die Werksschule (separativ oder in Realschule integriert) ist für lernbehinderte Jugendliche bestimmt. Die Werksschule fördert die praktischen Anlagen. Durch die besondere Förderung werden den Lerndefiziten, Lernschwächen und Entwicklungsrückständen entsprochen, das Selbstvertrauen wird gestärkt und die Selbstständigkeit aufgebaut. Der Abschluss bildet die Basis für die Grundausbildung mit Attest. In Einzelfällen ist auch eine Berufslehre möglich.
Realschule	Die Realschule geht gezielt von den erworbenen Kenntnissen sowie den Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler aus. Sie verknüpft die Theorie im Unterricht mit der Praxis im Alltag. Der vermehrte Einsatz von Fachlehrpersonen sowie Schulischen Heilpädagoginnen und -pädagogen ermöglicht eine zusätzliche individuelle Förderung. Der Abschluss bildet die Grundlage für eine Berufslehre.
Sekundarschule	Die Sekundarschule vermittelt eine möglichst umfassende Bildung in sprachlicher, mathematisch-naturwissenschaftlicher und musischer Richtung. Sie fördert die Entwicklung in den Fach-, Lern-, Sozial- und Selbstkompetenzen. Der Abschluss bildet die Grundlage für eine Berufslehre und weiterführende Schulen.
Langzeitgymnasium	Das sechsjährige Langzeitgymnasium stellt hohe Anforderungen an die Jugendlichen, insbesondere an das selbstständige Denken und die Sprachkompetenzen. Die Schülerinnen und Schüler lernen, Probleme sachgemäss zu bearbeiten, klar darzustellen und zu lösen. Das Bildungsziel ist die gesamtschweizerisch anerkannte gymnasiale Maturität, welche den freien Zugang zu allen Studienrichtungen der Universitäten, der ETH und der pädagogischen Hochschulen ermöglicht.

Die [kooperative Oberstufe \(KORST\)](#) der gemeindlichen Schulen verbessert die Durchlässigkeit und die Zusammenarbeit zwischen Real- und Sekundarschule. In Englisch und Mathematik werden im Sinne einer Förderung individueller Fähigkeiten schulartenübergreifende Niveaurokurse mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen geführt. Zusätzlich können die Gemeinden wählen, ob sie auch Deutsch und/oder Französisch als Niveaufach führen wollen. Sowohl die [Schulart](#) als auch die [Niveaurokurse in den Niveaufächern](#) können auf der Sekundarstufe I gewechselt werden.

6. Zuweisungskriterien

Die Zuweisung in eine Schulart der Sekundarstufe I basiert auf einer Gesamtbeurteilung verschiedener Faktoren. Grundsätzlich richtet sie sich nach den Leistungen und der mutmasslichen Entwicklung des Kindes. Für den Zuweisungsentscheid sind folgende Kriterien massgebend:

- a) die Leistungen und der Entwicklungsverlauf der Schülerin, des Schülers in der 5. Klasse und im 1. Semester 6. Klasse (Zeugnisnoten des 2. Semesters 5. Klasse und des 1. Semesters 6. Klasse in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie Mensch und Umwelt);

- b) die Lern-, Sozial- und Selbstkompetenzen der Schülerin, des Schülers;
- c) die Neigungen und Interessen der Schülerin, des Schülers.

Für den Eintritt ins Langzeitgymnasium gilt zusätzlich ein Orientierungswert von 5.2, welcher sich auf den Durchschnitt der Fächer Deutsch, Mathematik sowie Mensch und Umwelt des 2. Semesters der 5. Klasse und des 1. Semesters der 6. Klasse bezieht und die Gesamtbeurteilung ergänzt. Der Orientierungswert wird zur Verdeutlichung des Kriteriums «Leistungen» miteinbezogen. Es handelt sich bei diesem Wert nicht um einen fixen Mindestdurchschnitt, sondern um einen Notenwert, an welchem sich die Lehrpersonen orientieren. Das heisst, dass in der ganzheitlichen Betrachtung der Leistungen und der mutmasslichen Entwicklung der Schülerin bzw. des Schülers der Notenwert begründet «übersteuert» werden kann. Massgeblich bleibt stets die Gesamtbetrachtung.

Für die Zuweisung in die Werk-, Real- und Sekundarschule existieren keine verbindlichen Orientierungswerte. Die Leistungsanforderungen werden folgendermassen beschrieben:

Die Schülerin, der Schüler...	
Werksschule	... besitzt einfache praktische Fähigkeiten und wendet sie im Alltag an.
Realschule	... erreicht ein genügendes Leistungsniveau.
Sekundarschule	... erreicht ein gutes Leistungsniveau.

Bezüglich des Einflusses der **Lern-, Sozial- und Selbstkompetenzen** (überfachliche Kompetenzen) auf den Zuweisungsentscheid ist Folgendes festzuhalten:

- Je eindeutiger die Fachkompetenzen (Leistungsfähigkeit, Leistungen, Zeugnisnoten) den Anforderungen einer Schulart entsprechen, desto kleiner ist der Einfluss der überfachlichen Kompetenzen auf den Zuweisungsentscheid.
- Je mehr die Fachkompetenzen einem Zwischenbereich zwischen zwei Schularten zugeordnet werden, desto grösser ist der Einfluss der überfachlichen Kompetenzen auf den Entscheid.

7. Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen

Die Beobachtungen der Lehrperson und der Erziehungsberechtigten zum Lernprozess der Schülerinnen und Schüler werden in den Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen festgehalten und gegenseitig transparent gemacht. Sie dienen als Grundlage für die gemeinsamen Gespräche. Die Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen helfen den Erziehungsberechtigten, ihr Augenmerk auf bestimmte Haltungen und Handlungsweisen ihres Kindes zu richten, seine Fähigkeiten und Begabungen einzuschätzen und mit ihm über seine Erfahrungen in der Schule zu sprechen. Sie sind ein verbindliches und wertvolles Instrument für die Zuweisung. Die Erziehungsberechtigten werden deshalb gebeten, die Unterlagen soweit wie möglich auszufüllen und sie sowohl an das Orientierungs- als auch an das Zuweisungsgespräch mitzunehmen.

Die Erziehungsberechtigten erhalten die Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen jeweils zu Beginn der 5. und 6. Klasse von der Lehrperson. Die Unterlagen sind auch im Internet unter www.zg.ch/schulaufsicht («Unterricht», **Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen**) abrufbar.

8. Orientierungs- und Zuweisungsgespräch mit den Erziehungsberechtigten

Die Erziehungsberechtigten dokumentieren ihre Erfahrungen und Einschätzungen (so weit als möglich) auf den Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen zur Vorbereitung auf die Gespräche.

5. Klasse Orientierungs- gespräch	Im 2. Semester der 5. Klasse orientiert die Klassenlehrperson die Erziehungsberechtigten und ihr Kind in einem Orientierungsgespräch über die Leistungsanforderungen, die Leistungserfüllung, den Lernfortschritt und die Leistungsentwicklung in den Fachkompetenzen sowie den Lern-, Selbst- und Sozialkompetenzen.
6. Klasse Orientierungs- gespräch, wenn nötig	Haben sich seit dem Orientierungsgespräch in der 5. Klasse die schulische Situation und die Leistungen des Kindes wesentlich verändert, findet im 1. Semester der 6. Klasse ein weiteres Orientierungsgespräch statt. Die Lehrperson setzt dieses optimalerweise im Zeitraum zwischen Herbst- und Weihnachtsferien an.
Zuweisungs- gespräch	Das Zuweisungsgespräch , in welchem die Zuweisung in eine Schulart der Sekundarstufe I von der Lehrperson und den Erziehungsberechtigten gemeinsam beschlossen wird, findet bis spätestens 15. März statt. Können Erziehungsberechtigte am Zuweisungsgespräch die Interessen des Kindes offensichtlich nur ungenügend vertreten, können sie eine Drittperson beiziehen (bspw. Dolmetscher).

9. Zuweisungsentscheid

Können sich die Erziehungsberechtigten, das Kind und die Klassenlehrperson anlässlich des Zuweisungsgesprächs auf die Zuweisung in eine Schulart der Sekundarstufe I einigen (bis 15. März), wird gemeinsam das [Formular «Zuweisungsentscheid»](#) unterzeichnet. Dieses leitet die Lehrperson anschliessend dem Rektorat weiter. Die Schülerin, der Schüler ist damit berechtigt, die betreffende Schulart im kommenden Schuljahr zu besuchen.

10. Fehlende Einigung

Können sich die Erziehungsberechtigten, das Kind und die Lehrperson am Zuweisungsgespräch nicht auf eine Zuweisung in eine Schulart der Sekundarstufe I einigen, ist in der Folge die Übertrittskommission I des Kantons Zug für den Zuweisungsentscheid zuständig. Auf dem Formular «Fehlende Einigung» ist verbindlich anzugeben, ob die Erziehungsberechtigten ein Gespräch mit der Übertrittskommission I wünschen. Das Verfahren gestaltet sich wie folgt:

- Die Klassenlehrperson reicht der Übertrittskommission via Rektorat folgende Unterlagen ein:
 - von beiden Parteien unterzeichnetes [Formular «Fehlende Einigung»](#);
 - Zeugnisnoten 4. bis 6. Klasse;
 - 2 bis 3 Aufsätze;
 - schriftliche Stellungnahme der Lehrperson;
 - Beobachtungs- und Beurteilungsunterlagen 5. und 6. Klasse.
- Die Erziehungsberechtigten erhalten von der Übertrittskommission I ein Schreiben mit
 - der Einladung, innerhalb von 10 Tagen schriftlich zur Situation Stellung zu nehmen;

- der Angabe des Ortes und des Termins des obligatorischen Abklärungstests;
 - der Angabe des Ortes und des Termins für ein Gespräch mit der Übertrittskommission I, sofern die Erziehungsberechtigten dieses ausdrücklich gewünscht haben.
- Alle Kinder mit fehlender Einigung sind verpflichtet, am Abklärungstest teilzunehmen. Die Durchführung des Tests erfolgt Ende März bzw. anfangs April durch die Übertrittskommission. Die Schülerinnen und Schüler sind an diesem Halbttag vom Schulunterricht dispensiert.
 - Das Gespräch mit der Übertrittskommission I, sofern dieses gewünscht wird, hat ausschliesslich informativen, erläuternden Charakter und in keiner Weise Einfluss auf den Entscheid der Kommission. Am Gespräch können Eltern Einsicht in den Abklärungstest nehmen. Zudem können zukünftige Perspektiven des Kindes besprochen sowie offene Fragen geklärt werden.
 - Den Zuweisungsentscheid trifft die Übertrittskommission I im Mai. Dieser wird den Erziehungsberechtigten schriftlich zugestellt. Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen beim Regierungsrat des Kantons Zug Verwaltungsbeschwerde eingereicht werden.

11. Spezialfälle

- Lernbehinderte Schülerinnen und Schüler werden beim Übertritt von der Primarstufe in die Sekundarstufe I in der Regel der Werkschule zugewiesen. Die Werkschule kann als Kleinklasse geführt oder in die Realschule integriert werden.
- Ist es einer Klassenlehrperson aufgrund eines späteren Eintritts einer Schülerin bzw. eines Schülers in die 6. Primarklasse nicht möglich, eine Zuweisung vorzunehmen, entscheidet die Übertrittskommission I individuell über das Zuweisungsverfahren.
- Die Wiederholung der 6. Klasse kann im Ausnahmefall von der Rektorin, vom Rektor bewilligt werden, insbesondere aufgrund einer familiären Situation oder eines länger dauernden Schulausfalls. Gesuche sind durch die Erziehungsberechtigten bis spätestens 31. Januar der Rektorin, dem Rektor einzureichen.

12. Übertrittsverfahren II Sekundarschule - kantonale Mittelschulen

Das [Übertrittsverfahren II](#) von der Sekundarschule in die weiterführenden kantonalen Mittelschulen bzw. die lehrbegleitenden Berufsmaturitätsschulen basiert, vergleichbar mit dem Übertritt I, auf einer Gesamtbeurteilung verschiedener Faktoren. Massgebend für eine Zuweisung sind die Lernleistungen wie auch die überfachlichen Kompetenzen der Schülerin bzw. des Schülers, bezogen auf die aktuelle Situation sowie auf die mutmasslich zukünftige Entwicklung. Auch die Motivation und das Interesse, eine kantonale Mittelschule besuchen zu wollen, sowie die Vorstellungen der Schülerin bzw. des Schülers über den eigenen schulischen und beruflichen Werdegang werden in die Gesamtbeurteilung einbezogen. Die Schülerinnen und Schüler können nach der 2. Sekundarklasse ins [Kurzzeitgymnasium](#), nach der 3. Sekundarklasse in die [Fachmittelschule](#), [Wirtschaftsmittelschule](#), das Kurzzeitgymnasium oder eine [lehrbegleitende Berufsmaturitätsschule](#) übertreten.